

# HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

## Länderbüro Russland

### Politischer Jahresbericht 2003/2004

#### Inhalt:

#### 1. Zentrale Entwicklungen im vergangenen Jahr

- a. Tschetschenien
- b. Chodorkowskij und JUKOS
- c. Dumawahlen
- d. Präsidentenwahlen, Regierungsumbildung
- e. Zur deutschen und westlichen Russlandpolitik
- f. Neue Außenpolitik – Projekt GUS
- g. NGO als letzte autonome politische Subjekte

#### 2. Ausblick

Anhang 1: Chronologie

Anhang 2: Übersicht über Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Anhang 3: Liste der Publikationen

#### Zusammenfassung

Die Zwei-Drittel-Mehrheit der Putin-Partei Einiges Russland bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2003 führte dazu, dass auch die Staatsduma, wie zuvor schon der Föderationsrat, zu einem technischen Parlament oder, anders ausgedrückt, zu einer Art „Staatskomitee für Politik“ geworden ist. Technisch im Sinne von „im Kreml getroffene politische Entscheidungen ausführend“ sind ebenso die Regierung, fast alle Gerichte mit Ausnahme des Verfassungsgerichts, in etwas geringerem Maße die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die – politisch zentralen – elektronischen Massenmedien. Die liberalen und demokratischen Parlamentsparteien haben ein Fiasko erlitten. Der Sieg Wladimir Putins mit mehr als 70 Prozent im ersten Wahlgang bei den Präsidentenwahlen im März 2004 bestätigte die Gefahr einer autoritär-bürokratischen Entwicklung Russlands.

Dieser Eindruck wird auch durch die starre Politik in Tschetschenien, die eine politische Lösung unter Einschluss der bewaffneten Rebellen kategorisch ausschließt, aber trotz brutaler Unterdrückung der Bevölkerung keine auch nur einigermaßen friedlichen Lebensverhältnisse in der Kaukasusrepublik herzustellen vermag. Im Gegenteil wirkt die tschetschenische Kriegsverrohung auf die Gesellschaft zurück. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ dient oft auch als Vorwand zur Einschränkung von Freiheitsrechten.

Anlass zu großen Sorgen gibt auch der Fall Chodorkowskij/JUKOS. Das Vorgehen gegen den Mehrheitseigner des größten russischen Ölkonzerns JUKOS hat alle Anzeichen eines politisch und nicht strafrechtlich motivierten Prozesses. Zudem entwickelte sich das Vorgehen des Staates gegen den Konzern zu einem anschaulichen Beispiel, wie die „wilde Privatisierung“ revidiert und direkte Staatskontrolle über einen entscheidenden Teil der russischen Wirtschaft wieder hergestellt werden kann, ohne sie formal zu verstaatlichen. Der Prozess gegen Chodorkowskij und die enormen Steuernachforderungen gegen JUKOS wirken sich vor allem auch politisch disziplinierend auf die anderen großen Industrie- und Finanzkonglomerate aus. Dem Kreml nicht genehme politische Akteure finden kaum noch inländischen Finanzierungsquellen.

Die letzten unabhängigen politischen Subjekte sind einige wenige liberale Politiker und eine größere Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO). Beide haben wachsende Probleme mit der Finanzierung ihrer Aktivitäten. Ausländische Geldgeber, das trifft insbesondere auf US-amerikanische zu, haben ihre Russlandprogramme seit einem Höhepunkt 2002 stark reduziert. In Russland blieb als einzige nennenswerte Finanzierungsquelle Michail Chodorkowskij's Stiftung Offenes Russland, mit einem Etat von 30 Millionen US-Dollar für 2004. Angesichts der ungewissen Zukunft von JUKOS und Chodorkowskij ist das Bestehen von Offenes Russland und seiner Finanzierung in der Zukunft aber offen.

# 1. Zentrale Entwicklungen im vergangenen Jahr

## a. Tschetschenien

Im vergangenen Jahr hat die russische Staatsführung ihre Strategie einer „Tschetschenisierung“ des Krieges vorangetrieben. Mittels Nachrichtensperre, zwangsweiser Rückführung der Flüchtlinge und Aufbaupropaganda versuchte sie den Eindruck zu vermitteln, das Leben in Tschetschenien normalisiere sich. Gleichzeitig werden alle bewaffneten tschetschenischen Rebellen ausschließlich als „Teil des internationalen Terrorismus“ dargestellt. Verhandlungen mit Rebellen schließt der Kreml ohne Unterschied kategorisch aus.

Bei einem Verfassungsreferendum im März 2003 wurde mit fast 90-prozentiger Mehrheit eine neue Verfassung für Tschetschenien angenommen. Auf der Basis dieser Verfassung fanden am 5. Oktober Präsidentenwahlen statt. Bereits im Vorfeld wurden durch massiven Druck alle aussichtsreichen Gegenkandidaten des vom Kreml favorisierten Akhmad Kadyrow zur Aufgabe bewegt oder ihnen wurde von der Wahlkommission und von Gerichten die Kandidatur verweigert. Die OSZE bewertete die Bedingungen unter denen die Wahl stattfand bereits im Vorfeld als für freie Wahlen ungeeignet. Sie schickte auch keine Wahlbeobachter, weil die russische Staatsführung allein die Entsendung von Beobachtern beim Verfassungsreferendum, propagandistisch als Beleg für faire und freie Wahlen herausgestellt hatte. Menschenrechtsorganisationen berichteten nach der Wahl von massiven Wahlfälschungen, von gefälschten Wahlzetteln und Einschüchterung von Wählern zugunsten Kadyrows.

Im Kreml haben sich im Vorjahr offensichtlich endgültig jene Kräfte durchgesetzt, die den bewaffneten Konflikt in Tschetschenien auf mittelfristige Sicht für nicht lösbar oder nicht lösenswert halten. Eine demokratische Entwicklung Tschetscheniens wird dadurch von vornherein abgeschrieben. Diese Entwicklung ist angesichts der Gesamtentwicklung in Russland wenig verwunderlich. Zumindest kurzfristig schien die Strategie, in Tschetschenien mit Kadyrow eine brutale, aber aus Kremlsicht loyale und lenkbare Führung zu installieren aufzugehen. Jedenfalls wurden in der russischen Öffentlichkeit Berichte über bewaffnete Auseinandersetzungen, Tote und Flüchtlinge in und um Tschetschenien seltener. Auch die internationale Aufmerksamkeit nahm ab. Anschläge im Nordkaukasus, aber außerhalb Tschetscheniens und in Moskau schienen zu zeigen, dass die Rebellen in Tschetschenien die Fähigkeit zu koordinierten militärischen Aktionen verloren hatten. Die detaillierten Monitoring-Berichte von Menschenrechtsorganisationen, insbesondere von Memorial (nachzulesen auf [www.memo.ru](http://www.memo.ru)) geben aber ein anderes Bild: Weiterhin werden Menschen, meist Männer bei sogenannten Säuberungsaktionen von Militärs und tschetschenischen Sicherheitskräften getötet. Oft verschwanden und verschwinden dabei Menschen. Flüchtlinge werden gezwungen in ihre oft unsicheren Dörfer nach Tschetschenien zurück zu kehren, oft in Häuser und Wohnungen, die nur auf dem Papier wieder hergestellt wurden, in Wirklichkeit aber unbewohnbare Ruinen sind. Die Rebellenüberfälle und Bombenanschläge haben kaum abgenommen.

Spätestens seit dem Bombeattentat auf Präsident Kadyrow steht fest, dass diese Strategie des „Deckel drauf“ nur sehr kurzfristig funktionierte. Kadyrow wurde am 9. Mai auf der Tribüne des Dynamo-Stadions in Grosny Opfer eines Bombenanschlags, bei dem mindestens sechs weitere Menschen starben. Interimsnachfolger wurde der kurz zuvor ernannte junge und unerfahrene Ministerpräsident Sergej Abramow. Am 22. Juni überfielen rund 200 Rebellen das inguschetische Innenministerium und andere Gebäude der Sicherheitsbehörden in Nasran. Dabei wurde der inguschetische Innenminister getötet. Insgesamt kamen mehr als 90 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Angehörige von inguschetischen Sicherheitsorganen. Die Kämpfe dauerten mehrere Stunden, wonach sich die Rebellen weitgehend ungestört wieder zurückziehen konnten.



Logo des Menschenrechtszentrums Memorial

Sie erbeuteten eine große Menge Waffen und Munition. Kurz danach setzten nach Angaben von Memorial in Tschetschenien großangelegte sogenannte Säuberungsaktionen ein, bei denen zahlreiche Menschen, meist Männer verhaftet wurden und teilweise spurlos verschwanden. Die Flüchtlinge in den Lagern in Inguschetien wurden aufgefordert bis Ende Juli nach Tschetschenien zurückzukehren.

Bei den für den Frühherbst 2004 angesetzten Wahlen wird vom Kreml der bisherige Innenminister Alu Alchanow favorisiert, ein enger Vertrauter Kadyrows. Ein Strategiewechsel scheint damit unwahrscheinlich.

## **b. Chodorkowskij und JUKOS**

Am 2. Juli 2003 wurde Platon Lebedew verhaftet, einer der Anteilseigner des Ölkonzerns JUKOS. Die Generalstaatsanwaltschaft beschuldigt Lebedew des Betrugs und der Steuerhinterziehung. Diese Verhaftung wurde in der russischen Presse als Warnung an den Mehrheitsaktionär und Vorstandsvorsitzenden von JUKOS, Michail Chodorkowskij, interpretiert. Chodorkowskij hatte seit einiger Zeit begonnen, unabhängig vom Kreml politische Parteien zu unterstützen, und weigerte sich laut Presseberichten zunehmend „ohne Quittung“ zu bezahlen. So werden Schmiergeldzahlungen umschrieben. Die Vorsitzenden der drei größten Unternehmerverbände (Union der Industriellen und Unternehmen, Oporý Rossii und Delowaja Rossija) verfassten daraufhin gemeinsam mit drei führenden NGO-VertreterInnen einen offenen Brief an Präsident Putin, in dem vor selektiver Justiz gewarnt und Putin zur Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag aufgefordert wurde. Sie forderten ein sofortiges Treffen mit dem Präsidenten (Die Brief liegt auf deutsch im Dossier „Demokratie in Russland“ der Heinrich-Böll-Stiftung vor – [www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de)). Die Unternehmerverbände und die NGOs bildeten eine sogenannte „Krisengruppe“ für ständige Konsultationen und zur Ausarbeitung einer Konzeption für sozial verantwortliches Unternehmertum. Präsident Putin lehnte das Gesprächsangebot am 16.7. ab.

Vom 23. bis zum 25. Oktober 2003 fand in Nischnij Nowgorod die zweite Nachfolgekonferenz des Bürgerforums vom November 2001 statt. Ein Hauptthema der gemeinsam vom Kreml und russischen NGOs veranstalteten Konferenz war die Frage nach sozial verantwortlichem Unternehmertum. Michail Chodorkowskij hielt auf der Konferenz einen Vortrag zum Thema. Während seines Weiterflugs wurde Chodorkowskij auf dem Flughafen in Nowosibirsk verhaftet und nach Moskau ins Untersuchungsgefängnis geschafft.

Eine Reihe von Erklärungen und offener Briefe von NGOs und Unternehmerverbänden blieben ohne Wirkung. Auf einer Sitzung der Unternehmerunion am 14. November sprach Präsident Putin. Seine Äußerungen wurden dahingehend interpretiert, Chodorkowskij habe sich nicht mehr an den seit dem Jahr 2000 geltenden Kommentar gehalten, dass sich Unternehmer ohne ausdrückliche Genehmigung des Kremls aus der Politik heraus zu halten hätten. Putin machte auch deutlich, dass neben Chodorkowskij auch noch andere Großunternehmer Probleme mit der Staatsanwaltschaft bekommen könnten. Die meisten Unternehmer interpretierten diese Aussagen als direkte Warnung, sich politisch zurück zu halten. Die Kontakte zwischen Unternehmerverbänden und NGOs nahmen daraufhin wieder ab. Die im Sommer gebildete Krisengruppe stellte ihre Arbeit ein.

Bei einem viereinhalbstündigen Gespräch mit NGO-VertreterInnen am 10. Dezember, drei Tage nach der Dumawahl, verwies Putin darauf, dass die Entscheidung, Chodorkowskij zu verhaften, von Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow (bei dem Treffen ebenso anwesend wie Innenminister, Außenminister, Verteidigungsminister, Justizminister, FSB-Chef und die Vorsitzenden der drei obersten Gerichte) getroffen worden sei, wogegen er als Präsident in einem Rechtsstaat nicht angehen könne. Alexander Ausan (Narodnaja Assambleja) gab zu bedenken, die Steuergesetze seien in den 90er Jahren so gewesen, dass es keinem Unternehmer möglich gewesen sei, sie alle einzuhalten. Juristen gingen in Russland von 10 bis 15 Millionen Steuerstraf Tätern aus, praktisch die gesamte ökonomisch aktive Bevölkerung. Putin entgegnete, er sehe das nicht so.

### **JUKOS**

Allein für das Jahr 2000 fordert das Ministerium für Steuern und Abgaben von JUKOS eine Steuernachzahlung von umgerechnet rund 2,8 Milliarden €. Für die darauffolgenden Jahre sind Nachforderungen in ähnlicher Höhe angekündigt. Seit Ende 2003 wurden nach und nach die Aktiva von JUKOS einschließlich aller Bankkonten auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft eingefroren. Der Kurs der JUKOS-Aktien sank auf etwa ein Viertel des ursprünglichen Höchstwertes. Ende Mai teilte der Konzern mit, er werde ohne Stundung der Steuerschuld bis Ende des Jahres bankrott sein. Ein kleines Hoch erreichten die JUKOS-Aktienkurse nachdem Präsident Putin Anfang Juni erklärte, der russische Staat habe kein Interesse an einem Konkurs des Konzerns. Kurze Zeit später lehnt das Oberste Schiedsgericht den Einspruch von JUKOS gegen die Steuernachzahlungen ab. Michail Chodorkowskij ließ Anfang Juli durch seinen Anwalt das öffentliche Angebot verbreiten, seinen 44-prozentigen Anteil an den JUKOS-Aktien zu veräußern, um mit dem Erlös die Steuerschulden des Konzerns zu bezahlen. Mitte Juli begann JUKOS mit den Steuernachzahlungen – Ende offen.

Ob es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausgang des Prozesses gegen Michail Chodorkowskij und den Steuerzahlungen des Konzerns oder einem eventuellen Verkauf an dem Kreml genehmere Eigentümer gibt, bleibt weiter unklar. Verhandlungen hinter den Kulissen werden offenbar geführt, ohne dass sich eine der beiden Seiten dazu öffentlich bekennt. Der Prozess gegen Chodorkowskij und seinen Partner

Platon Lebedew wurde Mitte Juni vor einem Moskauer Gericht eröffnet. Am 15. Juni verlas der Staatsanwalt die Anklageschrift.

### **c. Dumawahlen**

Die Dumawahlen Anfang Dezember 2003 endeten mit einem so wohl auch in der Präsidentenadministration nicht erwarteten Sieg der Putin-Partei Einiges Russland. Insbesondere, dass keine der beiden liberalen Parteien den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffte, passt nicht ins Kremlikonzept.

Der Wahlkampf hatte bereits Anfang des Jahres begonnen. In einer Art Frühstart griffen Pro-Putin-Parteien, allen voran Einiges Russland die Kommunistische Partei (KPRF) an. Diese Angriffe erfolgten nicht zufällig, sondern folgten der in der Präsidentenadministration formulierten Aufgabe, aus Einiges Russland in der neuen Duma die größte Fraktion zu machen. Doch die Kampagne zeigte kaum Wirkung, die Umfrageergebnisse veränderten sich bis zur Sommerpause kaum. Weiterhin wechselten sich KPRF und Einiges Russland an der Spitze ab. Je nach Umfragezeitpunkt und Meinungsforschungsinstitut lagen beide konstant zwischen 20 und 25 Prozent. Den dritten Platz legte die rechtradikale Schirinowskij-Partei LDPR mit 7 bis 10 Prozent, dahinter hielten sich die beiden demokratischen Parteien Jabloko und die Sojus Prawich Sil (Union der Rechten Kräfte, SPS) stabil zwischen 4 und 6 Prozent.

Der vom damaligen Leiter der Präsidentenadministration Alexander Woloschin initiierte Versuch, die zentristischen Kräfte in der 3. Staatsduma (Jedinstwo, Otetschestwo, Rossijskije Regiony, Narodnaja Partija) in einem Wahlblock zu vereinigen scheiterte. Innerhalb der Kremladministration konnten sich die beiden Hauptgruppen, also die sogenannten „ökonomischen Modernisierer“ oder „Jelzinfamilie“ um Woloschin auf der einen und die „Silowiki“ um seinem Stellvertreter Wiktor Iwanow auf der anderen Seite nicht auf eine gemeinsame Strategie für die Wahlen einigen. Dabei dürfte die Frage, wer die Kontrolle über die künftige „Partei der Macht“ hat, eine wesentliche Rolle gespielt haben. Mit Unterstützung der „Silowiki“ versagte sich die linksnationalistische Narodnaja Partija unter Gennadij Rajkow dem Vereinigungsprojekt und trat selbstständig zu den Wahlen an. Doch weder ihr, noch den ideologisch ähnlich ausgerichteten und mit Kremlunterstützung operierenden Wahlblöcken des aus der kommunistischen Partei kommenden Dumavorsitzenden Gennadij Selesnjow und des populären Ökonomieprofessors Sergej Glasjew gelang ein nachhaltiger Einbruch in das Wählerpotential der kommunistischen Partei. Umgekehrt zeigten Umfragen, dass sie Wähler von Einiges Russland abzogen.

#### ***Jabloko gegen SPS***

Schwierig stellte sich auch die Lage der beiden demokratischen Parteien Jabloko und SPS dar. Gespräche über eine Vereinigung oder zumindest eine gemeinsame Liste zu den Wahlen waren spätestens im Sommer gescheitert. Laut Umfragen umfasste das gemeinsame, sich teilweise überschneidende Wählerpotential nicht mehr als 10 bis 12 Prozent. Die Chancen, dass beiden Parteien der Sprung über die 5-Prozent-Hürde gelingen würde, waren demzufolge klein. In erster Linie begann die SPS daraufhin einen aggressiven Wahlkampf gegen Jabloko. Jabloko beschuldigte die SPS im Gegenzug sogenannte „schwarze Wahlwerbung“ zu finanzieren. Der dauerhaft schwelende Konflikt spitzte sich nach der Verhaftung Chodorkowskij Ende Oktober weiter zu. Anatolij Tschubajts von SPS forderte Jabloko angesichts der, wie er sagte, „Gefahr einer totalitären Entwicklung“ ultimativ öffentlich auf, doch noch einem Wahlbündnis zuzustimmen, um eine Duma ohne liberale Fraktion zu verhindern. Jabloko wies diesen rein wahltaktischen Schritt zurück. Eine Bündnis war wegen abgelaufener Fristen rechtlich bereits nicht mehr möglich.

Zwei Tage vor der Verhaftung von Michail Chodorkowskij durchsuchten Staatsanwälte und Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB die Räume einer PR-Agentur, die für JUKOS arbeitete, aber auch für Jabloko die gesamte Wahlkampagne konzipiert hatte und durchführte. Dabei wurden Computer mit Wahlkampfunterlagen, Informationen über geplante Kampagneschritte und einer vollständigen Liste aller Wahlkampfbüros beschlagnahmt.

#### ***„Rote Oligarchen“***

Versuche, durch linksnationalistische Neugründungen in das Wählerreservoir der KPRF vorzudringen, galten im Herbst 2003 als weitgehend gescheitert. Die Kommunisten blieben in Umfragen gleichauf mit Einiges Russland. Anfang November beschuldigte ein Abgeordneter aus der Dumafraktion von Einiges Russland in einem Brief an die Generalstaatsanwaltschaft Wiktor Widmanow, Chef des Konzerns „Rosagropromstroj“ und Kandidat auf der Liste der KPRF, staatliche, seinem Konzern für Baumaßnahmen in ländlichen Gebieten überlassene Gelder veruntreut zu haben und damit den Wahlkampf seiner Partei zu finanzieren. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete umgehend ein Ermittlungsverfahren ein. Zudem werden Widmanow

Kontakte mit dem im Londoner Exil lebenden Unternehmer Boris Beresowskij vorgeworfen. Beresowskij, so Presse- und Fernsehberichte, gebe der KPRF Geld für den Wahlkampf.

### ***Die Zentrale Wahlkommission/Wahlgesetzgebung***

Der zentralen Wahlkommission (ZIK) werden durch das Wahlgesetz weitreichende Vollmachten einräumt. Sie registriert nicht nur Kandidaten und Wahllisten und organisiert die Wahlen, sondern überwacht ebenfalls die Einhaltung der Wahlgesetzgebung. Ein großer Teil der darin niedergelegten Regeln ist sehr ungenau formuliert und daher weit interpretierbar. So durften die Kandidaten mit ihrer Wahlwerbung nicht früher als einen Monat vor dem Wahltermin beginnen. Doch es ist praktisch unmöglich, zu entscheiden, wann eine Äußerung zu aktuellen politischen Fragen eine Wahlwerbung darstellt und wann nicht. Die Vorschrift führte zu zahlreichen Anzeigen und Klagen. Der Auftritt von Präsident Putin auf dem Parteitag von Einiges Russland im September blieb dagegen ohne Rüge, obwohl Putin sich in einem Grußwort dazu bekannte, vor vier Jahren für Jedinstwo gestimmt zu haben und seine Wahl nicht zu bereuen. Eine Klage gegen Putin wies das Oberste Gericht Ende November mit dem Hinweis auf die Immunität des Präsidenten ab.

### ***Fernsehen***

Nach dem Gesetz muss allen zu Wahlen zugelassenen Parteien und Wahlbündnissen zu gleichen Bedingungen kostenlose und bezahlte Sendezeit zur Verfügung gestellt werden. In einer Auslosung wurde am 4. November die kostenlose Sendezeit verteilt. Die drei staatlich kontrollierten, landesweit empfangbaren Fernsehsender stellen täglich eine Stunde Sendezeit für Debatten und Wahlwerbespots zur Verfügung.

Einiges Russland verzichtete auf die Teilnahme an diesen Live-Diskussionen. Spitzenkandidat und Innenminister Gryslow begründete diese Weigerung damit, dass sich „ein Fußballclub aus der ersten Liga“ ja auch nicht im Wettbewerb mit „Drittligavereinen“ messe. Diese Arroganz ist offensichtlich wohlbedacht. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VZIOM-A rund zwei Wochen vor dem Wahltermin landete Einiges Russland bei der Frage, welche Partei sich in diesen Debatten am besten schlage, mit rund 30 Prozent auf dem ersten Platz – wohlgemerkt ohne teilgenommen zu haben. Doch so sehr geirrt haben sich die Befragten nicht. Politiker von Einiges Russland waren in den staatlich kontrollierten Kanälen auch außerhalb der Wahlwerbezeiten ständig zu sehen.

### ***Außerparlamentarische Aktivitäten***

Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen war gering. In zahlreichen Regionen, von Kaliningrad bis Wladiwostok, haben sich, meist auf Nachbarschaft- oder Stadtteilsebene Wahlboykottinitiativen gebildet. Deren Forderungen beziehen sich zumeist auf grundlegende Probleme wie nicht gezahlte Löhne, abgeschalteten Strom oder ungeheizte Wohnungen. Trotz des verständlichen Medieninteresses dürften die Auswirkungen dieser Initiativen auf den Wahlausgang aber gering bleiben. Die „Narodnaja Assambleja“, eine Koalition von Nichtregierungsorganisationen, hat unter dem Titel „Staatsduma 2000-2003 – Portrait für den Wähler“ ein Monitoring des Abstimmungsverhaltens der bisherigen Dumafraktionen und einzelner, bekannterer Abgeordneter herausgegeben. Die OSZE-Wahlbeobachterkommission bewertet die Wahlen als „frei aber nicht fair“.

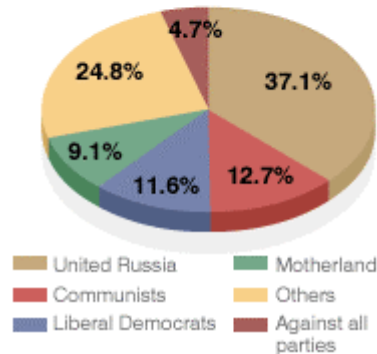
## Wahlausgang

Mit dem überwältigenden Sieg und der Zwei-Drittel-Mehrheit von Einiges Russland bei der Dumawahl ist die Gewaltenteilung in Russland praktisch aufgehoben. Die beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) scheitern an der 5-Prozent-Hürde. In der Duma sind außer Einiges Russland noch die Kommunisten, die rechtsradikale Schirinowskij-Partei LDPR und eine linksnationalistische Kremlgründung namens Heimat vertreten. Auch das Parlamentsunterhaus ist nun, wie zuvor schon der Föderationsrat, die Justiz und die elektronischen Massenmedien zwar nicht de jure wohl aber de facto zu einem Teil der Exekutive geworden. Zur wichtigsten Etappe der Gesetzgebung erklärte der Dumavorsitzender und Spitzenkandidat von Einiges Russland Boris Gryslow eine sogenannte „Nullte Lesung“. Damit ist die vorparlamentarische Abstimmung von Gesetzesvorhaben zwischen Regierung und Ausschussvorständen, beziehungsweise dem Vorstand der Mehrheitsfraktion Einiges Russland gemeint. In der Duma soll zukünftig möglichst nur noch abgestimmt werden. Gryslow fasst das so zusammen: „Die Staatsduma ist nicht die Plattform, auf der die unterschiedlichen politischen Schlachten geschlagen werden sollen, sondern dort soll effektiv für den Staat gearbeitet werden.“<sup>1</sup>

Party list voting  
1999 (Turnout: 53.9%)



2003 (Turnout: 56%)



## d. Präsidentenwahlen, Regierungsumbildung

Der Präsidentenwahlkampf wurde entscheidend vom Ausgang der Parlamentswahlen vom 7. Dezember 2003 geprägt. Nach dem Wahlsieg von Einiges Russland fanden sich anfangs keine ernsthaften Konkurrenten für Putin zur Kandidatur bereit. Die Wahlverlierer aus den liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) und ihr zivilgesellschaftliches Umfeld neigten einem Wahlboykott zu, weil, wie es der Jabloko-Vorsitzende Grigorij Jawlinskij formulierte, dies keine Wahl mehr sei, sondern eine „Farce“. Trotz dieser allgemein geteilten Einschätzung stellten sich Ende Dezember unter anderen noch der damalige Fraktionsvorsitzende des bei den Dumawahlen überraschend starken Wahlblocks Rodina, Sergej Glasjew, gegen Widerstände des eigenen Wahlblocks und die damalige Co-Vorsitzende von SPS, Irina Chakamada, gegen den Willen der eigenen Partei zu Wahl. Zu den KandidatInnen:

### **Irina Chakamada**

Die Diskussionen um einen gemeinsamen liberalen Kandidaten oder eine liberale Kandidatin begannen sofort nach den Dumawahlen, blieben allerdings anfangs ohne Ergebnis. Während Jabloko sich nach ersten Konsultationen eine Kandidatur ihres Parteichefs Grigorij Jawlinskij zumindest weiter offen hielt, beschloss SPS, dass es keinen von der Partei offiziell unterstützten Kandidaten geben werde. Die Diskussion innerhalb der den liberalen Parteien zuneigenden NGOs war ebenfalls uneinheitlich. Die unterschiedlichen Positionen reichten von der Idee nun mit SPS und Jabloko einen gemeinsamen liberalen Kandidaten aufzustellen, über die Aufstellung von Wahlprüfsteinen ohne eigenen Kandidaten bis hin zum Aufruf die Wahl zu boykottieren. Grigorij Jawlinskij zog eine Kandidatur dennoch ernsthaft in Erwägung, konnte aber kurz vor Ablauf der Registrierungsfrist Ende Dezember davon überzeugt werden, dass der Kandidaturverzicht von SPS kein taktisches Manöver sondern ernst gemeint sei und verzichtete nun seinerseits. Am 30. Dezember erklärte dann aber überraschend Irina Chakamada, eine von drei SPS-Vorsitzenden, sie werde antreten und reichte die Registrierungsunterlagen noch fristgerecht bei der Wahlkommission ein. Die SPS ebenso wie von Chakamada später angesprochene NGO-Vertreter lehnten eine Unterstützung ihrer Kandidatur auch nachträglich ab. Die SPS spaltete sich Mitte Januar faktisch, indem Vertraute von Anatolij Tschubajs nach

<sup>1</sup> Zitiert nach: Rossijskaja Gaseta, 30.12.03 „Solnaja Partija“

Rücktritt der Parteiführung in die entscheidenden Positionen aufrückten. Jabloko beschloss Mitte Februar auf einem Parteitag, zum Wahlboykott aufzurufen.

### ***Oleg Malyschkin***

Mit sicherem Gespür für Symbolik unterstrich Wladimir Schirinowskij die Absurdität dieses Wahlkampfes, indem er die LDPR-Fraktion seinen ehemaligen Leibwächter, früheren Boxmeister und heutigen Dumaabgeordneten Oleg Malyschkin als Kandidaten aufstellen ließ. Allerdings greift damit Schirinowskij, in ihm eigener Offenheit, das Institut Wahlen, insbesondere Präsidentenwahlen insgesamt an. Die Wahlen seien grundsätzlich Unsinn, erklärte Schirinowskij, Putin müsse Präsident auf Lebenszeit werden. In diesem Geist übte er sich im Spiel mit den Journalisten. Auf eigentlich unnötige Fragen an Malyschkin nach dessen offensichtlicher Scheinkandidatur antwortete der stets danebenstehende Schirinowskij mit meist ernstem Gesicht und oft erhobener Stimme, der Kandidat habe einen eigenen klugen Kopf. Malyschkin dagegen blieb einsilbig. Höhepunkt dieses absurden Theaters war der Versuch Schirinowskijs, auch in den Kandidatendebatten im Fernsehen für Malyschkin aufzutreten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der durch die Wahlkommission gestützten Weigerung der Fernsehsender.

### ***Nikolaj Charitonow***

Nikolaj Charitonows Weg zur Platzhalterkandidatur für die KPRF ist wenig ruhmreicher. Charitonow, ein ursprünglich aus der Agrarpartei stammender Abgeordneter mit wenig Ausstrahlung und deutlichen Vorlieben für Stalin und Dserschinskij, war der Kompromisskandidat, mittels dessen Sjuganows Kandidatur verhindert und eine Spaltung der Partei abgewendet wurde. Ursprünglich wollte Parteichef Gennadij Sjuganow trotz des schlechten Abschneidens der Kommunisten bei den Dumawahlen erneut kandidieren.

### ***„Heimat“: Sergej Glasjew oder Wiktor Geraschtschenko***

Die Spaltung zu verhindern gelang dem erst im Spätsommer 2003 gebildeten linksnationalistischen Wahlblock Heimat nicht. Dmitrij Rogosin, einer von zwei Spitzenkandidaten und dem Kreml nahestehend, setzte sich für die Kandidatur des ehemaligen Zentralbankchefs Wiktor Geraschtschenko ein, seit der Dumawahl Abgeordneter der Heimat-Fraktion. Sein Ziel dürfte gewesen ein, eine Kandidatur des populären Fraktionsvorsitzenden Sergej Glasjew zu verhindern. Glasjew sei nicht „lenkbar“, so fürchteten Kremlberater, könne sich mit einem guten Ergebnis zu einer zu selbständigen politischen Figur entwickeln und damit möglicherweise den Grundstein für einen Erfolg bei den Präsidentenwahlen 2008 legen. Doch Glasjew ließ sich durch das Mehrheitsvotum seiner Fraktion für Geraschtschenko nicht abschrecken und setzte seine Kandidatur mittels rund 2,2 Millionen gesammelter Unterschriften durch. Die Mitte Februar drohende Spaltung von Heimat – Rogosin hatte seine Partei Russischer Regionen in Heimat umbenannt und das Justizministerium diese Umbenennung akzeptiert – konnte noch einmal vermieden werden. Anfang März setzte die Heimat-Fraktion in der Duma Glasjew aber auf Initiative von Rogosin als ihren Vorsitzenden ab und wählte Rogosin zu seinem Nachfolger.

Geraschtschenkos von Rogosin betriebene Kandidatur endete bevor sie begonnen hatte. Die Zentrale Wahlkommission lehnte seine Registrierung als Kandidat ab, weil er laut eingereicherter Unterlagen nicht vom Wahlblock, sondern von seiner Partei Russischer Regionen aufgestellt worden sei. Das Wahlgesetz sehe aber ausdrücklich die Aufstellung durch eine Partei oder einen Wahlblock vor, der oder die an der Wahl teilgenommen und in die Duma eingezogen sei. Geraschtschenko wurde nahegelegt, doch auch den Weg über das Sammeln von 2 Millionen Unterschriften zu gehen. Doch er legte Beschwerde gegen die Entscheidung der Wahlkommission vor dem Obersten Gericht ein, die dieses am 6. Februar 2004 zurückwies. Damit war aber auch die Frist verstrichen innerhalb derer Geraschtschenko noch mittels Unterschriftensammeln hätte Kandidat werden können.

### ***Sergej Mironow***

Ebenso wenig verständlich wie das Antreten seiner Partei Leben bei der Dumawahl ist auch die Kandidatur des Föderationsratsvorsitzenden und Putinvertrauten Sergej Mironow bei den Präsidentenwahlen. Wie vor den Dumawahlen erklärte Mironow, Präsident Putin, seinen Gegenkandidaten, unterstützen zu wollen. In Meinungsumfragen kommt Mironow nicht über ein halbes Prozent Unterstützung hinaus.

### ***Iwan Rybkin***

Für den größten Skandal des Wahlkampfes sorgte Iwan Rybkin mit seinem mehrtägigen Verschwinden Anfang Februar. Rybkin war mit Unterstützung des im Londoner Exil lebenden ehemaligen „Oligarchen“ Boris Beresowskij angetreten. Am 7. Februar meldete die russische Presse, Rybkin sei verschwunden.

Einige Tage später hieß es, er sei in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Am 11. Februar kehrte Rybkin zurück nach Moskau und erklärte bei seiner Ankunft, er habe nur ein paar Tage ausruhen wollen. Später behauptete Rybkin, er sei nach Kiew gereist, um einen Emissär des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow zu treffen und einen Friedensplan zu beraten. In einer dritten Version sprach Rybkin davon, nach Kiew gelockt und dort über Drogen im Tee betäubt worden zu sein. Während seiner mehrtägigen Bewusstlosigkeit habe man Videoaufnahmen gemacht, die ihn beim angeblichen sexuellen Verkehr mit Prostituierten zeigen. Mit diesen Aufnahme habe man ihn zu erpressen und zur Aufgabe seiner Kandidatur zu bewegen versucht.

Kurze Zeit später verließ Rybkin Russland und flog nach London zu seinem Finanzier Beresowskij. Er weigerte sich nach Russland zurück zu kehren, weil er dort nicht sicher sei. Mehrere Versuche, von London aus die Teilnahme an den Kandidatendebatten im Fernsehen einzuklagen, schlugen fehl. Anfang März kehrte Rybkin überraschend nach Moskau zurück und zog seine Kandidatur zurück. Je nach politischer Einstellung oder politischen Interessen wird entweder dem Inlandsgeheimdienst FSB oder Beresowskij die Autorenschaft für Rybkins Abenteuer nachgesagt. Das widersprüchliche Verhalten des Kandidaten gibt aber auch Vermutungen Sinn, Rybkin habe den Druck zwischen Beresowskij und Kreml nicht ausgehalten und das „Spiel verlassen“ wollen.

### **Wladimir Putin**

Wladimir Putins Helfer sammelten über sieben Millionen Unterschriften, weit mehr als die notwendigen zwei Millionen und dreimal soviel wie die anderen KandidatInnen. Damit unterstrich Putin seinen Anspruch als „Kandidat der ganzen Volkes“ zu gelten und nicht als der einer Partei, stehe sie ihm auch noch so nahe. Mit seiner Absage an eine Teilnahme bei den Debatten der Präsidentschaftskandidaten im Fernsehen und dem Verzicht auf kostenlose Wahlwerbezeit wiederholte er die Taktik von Einiges Russland aus dem Dumawahlkampf. Der Geschäftsführer von „Einiges Russland“ Jurij Wolkow hatte diesen Schritt im Herbst so begründet: „Wir halten es nicht für sinnvoll und sogar gefährlich, Zeit mit Reklame und populistischen Auftritten im Fernsehen zu vergeuden.“<sup>2</sup> Diese Absage an öffentliche Politik zieht sich als Strukturmerkmal durch das Verhalten von Präsident Putin und seinen Beratern. Eine direkte Begründung für seinen Verzicht auf öffentliche Debatten und kostenlose Fernsehzeit gibt es von Putin nicht.

Allerdings äußerte er sich in einer Rede vor seine Wahlvertrauensleuten in der Moskauer Staatsuniversität am 12. Februar darüber, was er grundsätzlich von Wahlwerbung hält: „Ein Staatsoberhaupt im Amt sollte für sich selbst nicht Reklame machen – das wäre in den vergangenen vier Jahren nötig gewesen: Demonstrieren, allerlei schöne Märchen erfinden, schöne, nur weit von unserer Realität entfernte.“<sup>3</sup>

Die gut halbstündige Rede wurde selbst zum Skandalon. Nicht wegen ihres wenig von früheren programmatischen Äußerungen abweichenden Inhalts, sondern weil sie vom staatlichen Fernsehkanal Rossija live übertragen wurde. Gegen diesen offensichtlichen und, so muss man annehmen, bewussten Verstoß gegen die Wahlgesetzgebung, die Wahlwerbung nur zulässt, wenn sie aus dem von der Zentralen Wahlkampfkommission verwalteten Wahlkampffond bezahlt wird, legten Irina Chakamada und Nikolaj Charitonow bei der Zentralen Wahlkommission Protest ein. Sie forderten Putin müsse die Sendezeit nachträglich aus seinen Wahlkampfmitteln bezahlen und der Sender müsse gerügt werden. Die Wahlkommission hingegen vermochte keine Gesetzesverletzung feststellen und wies den Protest zurück: „Die Rede Putins war programmatisch und von großem öffentlichem Interesse. In diesem Zusammenhang gibt es Grund zu der Annahme, dass es das Ziel des Senders für die Direktübertragung war, die Wähler zu informieren und nicht Wahlagitation zu betreiben.“<sup>4</sup>

Ähnlich wie durch die eben geschilderte Machtdemonstration verdeutlicht auch die Entlassung von Premierminister Michail Kassjanow am 24. Februar das Verhältnis von Präsident Putin und seiner Berater zum Institut Wahlen. Die russische Verfassung verpflichtet den Präsidenten, der Staatsduma binnen zwei Wochen nach der Entlassung eines Premierministers einen neuen Kandidaten vorzuschlagen. Durch den für die Entlassung gewählten Zeitpunkt bedeutete das, dass die Duma noch vor der Präsidentenwahl über einen neuen Regierungschef abstimmen musste. Die Verfassung schreibt aber auch vor, dass der Regierungschef, und mit ihm die Regierung, nach der Wahl eines neuen Präsidenten automatisch entlassen ist und die Duma auf Vorschlag des Präsidenten einen neuen Premierminister wählen muss. Die Entlassung Kassjanows begründete Putin in einer kurzen Fernsehansprache. Er wolle noch vor den Wahlen deutlich

<sup>2</sup> Zitiert nach: Kommersant, 4.11.03, „Ot nikh v televisora i tak ne devatsja“

<sup>3</sup> Die vollständige Rede Putins ist auf der Wahlkampfwebsite [www.putin2004.ru](http://www.putin2004.ru) auch in englischer Übersetzung zu finden.

<sup>4</sup> Zitiert nach: [www.strana.ru](http://www.strana.ru), „ZIK prisnal pokas Putina s doverennymi lizami informirovanijem isberatelej“, 20.2.04, 18.24 Uhr



machen, sagte er, mit welcher Mannschaft und welchen Vorhaben er in seine zweiten Amtszeit zu gehen beabsichtige.

Der Vorschlag, Michail Fradkow, den bisherigen Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, zum neuen Regierungschef zu wählen, sorgte eher für das Gegenteil. Fast niemandem in Russland war Fradkow näher bekannt. Seine politischen Überzeugungen sind bis heute unklar. Deutlich machte Putin mit diesem Schritt aber zweierlei: Erstens betonte er noch einmal, dass er in der Regierung kein politisches, sondern ein administratives Organ sieht, an dessen Spitze entsprechend auch kein öffentlicher Politiker, sondern ein Verwaltungsfachmann stehen muss. Zweitens zeigte Putin erneut sein rein technisches Verständnis von demokratischen Verfahren. Ihr symbolischer Gehalt liegt für ihn in der Demonstration von Kontrolle und Macht, nicht in der „Willensbekundung des Volkes“. Noch vor der Präsidentenwahl wurde Michail Fradkow von der Duma zum Premierminister gewählt, nach der Wahl von Putin in Übereinstimmung mit der Verfassung entlassen, um dann umgehend erneut durch die Duma bestätigt zu werden. Absurdes Theater.

### **Massenmedien**

Weil der Wahlsieger bereits fest stand und mit Irina Chakamada, Sergej Glasjew und Nikolaj Charitonow lediglich drei KandidatInnen um ein achtbares „Zählergebnis“ kämpften, fand der Wahlkampf außerhalb der zentralen Medien kaum statt. Die im Dumawahlkampf noch intensiv geführten Live-Diskussionen im Fernsehen, entbehrten diesmal der Schärfe und des öffentlichen Interesses. Der Fernsehsender NTW lehnte es gar mit dem Argument, das würde die Zuschauer wenig interessieren, ab, wie bei der Dumawahl Live-Diskussionen in seiner populären Sendung „Redefreiheit“ (Swoboda Slowa) zu veranstalten. Da es sich dabei um von den Teilnehmern zu bezahlende Sendezeit handelt, ist die Annahme nicht unbegründet, dass die NTW-Verantwortlichen sich mit dieser Weigerung eher an tatsächlichen oder antizipierten Forderungen aus dem Kreml orientierten als an kaufmännischen Argumenten.

### **Fazit**

Die Präsidentenwahl 2004 in Russland war eine Wahl ohne Alternative. Das liegt sicherlich an der großen Popularität Wladimir Putins, der selbst unter freien und fairen Bedingungen keinen seiner Gegenkandidaten fürchten müsste. Doch die Bedingungen sind, wie es die OSZE bereits für die Dumawahlen kritisierte „frei aber nicht fair“. Dieser Umstand hat ernsthaftere Konkurrenten als die auf dem Wahlzettel vertretenen von einer Kandidatur abgehalten. Wladimir Putin und seine Unterstützer verstärken unterdessen durch demonstrative Geringschätzung der Gegenkandidaten und die Missachtung dessen, was man gute demokratische Gepflogenheiten nennen könnte, das weitreichende Misstrauen in der russischen Bevölkerung gegen demokratische Verfahren insgesamt und Wahlen insbesondere. Es bleibt der schale Eindruck zurück, dass eben das erreicht werden sollte.

---

### **e. Zur deutschen und westlichen Russlandpolitik**

Bundeskanzler Gerhard Schröder war Anfang April der erste westliche Regierungschef, der Wladimir Putin zu seinem Wahlsieg persönlich in Moskau gratulierte. Schröder, selbst im Umfragetief, zeigte sich beeindruckt über die 70 Prozent seines „Freundes“, wie er Putin nennt. Putin zeigte sich Mitte April mit einem als „privat“ bezeichneten Geburtstagsfeierbesuch in Hannover erkenntlich. Nur einen Tag nach Schröder machte der französische Präsident Jacques Chirac seine Aufwartung beim Wahlsieger Putin. Während der Besichtigung eines geheimen Raketenzentrums bei Moskau lobte er ausdrücklich die „Fortschritte der russischen Demokratie“. Schröders und Chiracs öffentliches Wohlwollen gegenüber dem russischen Präsidenten und der gleichzeitig Verzicht auf ebenso öffentliche Kritik sind kennzeichnend für die Russlandpolitik der meisten westlichen Regierungen.

Die für diese „Politik der weichen Hand“ angegebenen Gründe lassen sich zugespitzt im Dreiklang „Stabilität, Antiterrorkrieg, Wirtschaft“ zusammenfassen. Den westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, scheinen diese drei Komponenten wichtiger zu sein als die russischen Probleme mit demokratischen Normen, Menschenrechten, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft. Hinter dieser Prioritätensetzung verbirgt sich die lange nachwirkende Erleichterung, dass die Auflösung der Sowjetunion und der Systemwechsel in Russland Anfang der 90er Jahre ohne großen Bürgerkrieg passierten. Aktuell noch wichtiger dürfte die Erleichterung sein, dass die Instabilität der Jelzin-Zeit nicht zum Staatszerfall geführt hat. Jedenfalls braucht in absehbarer Zeit niemand zu befürchten, dass Russland die länger werdende Liste der „failing states“ bereichern wird. Beide Überlegungen entspringen sicher legitimem politischen Denken. Doch reichen sie eben nicht aus, sind nicht weitsichtig genug. Wer eine mögliche demokratische Entwicklung Russlands zumindest auf politisch absehbare Zeit abschreibt und schon froh ist,

wenn dieses große, oft gewalttätige und irgendwie unheimliche Land nicht allzu viel Destruktivpotential entwickelt, unterschätzt die in dieser Politik verborgenen Untiefen. Das Schiff kann trotzdem sinken.

Was ist geschehen, dass die Sorge um die demokratische Entwicklung Russlands so sehr in den Hintergrund getreten ist? Die Antwort ist einfach: Die Welt hat sich verändert und Putin hat Russland verändert. Putin trat Anfang 2000 sein Amt mit der Ankündigung an, die sogenannte „Machtvertikale“ zu stärken, um einerseits den zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen im Land entgegen zu steuern und andererseits einer „Diktatur des Gesetzes“ zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so, in kontrollierter Weise und als starker Zentralstaat könne sich ein so großes und in demokratischen Regeln so unerfahrenes Land wie Russland in Richtung einer demokratischen Gesellschaft entwickeln. Das in der Folge entstandene politische System – und man kann durchaus von einem neuen politischen System sprechen, der „gelenkten Demokratie“ – ist spätestens seit den Dumawahlen im Dezember 2003 innerhalb einer liberalen Verfassung Wirklichkeit geworden.

Durch die Zwei-Drittel-Mehrheit der Putin-Partei Einiges Russland ist auch die Duma, wie zuvor schon der Föderationsrat, zu einem technischen Parlament geworden. Technisch im Sinne von „im Kreml getroffene politische Entscheidungen ausführend“ sind ebenso die Regierung, fast alle Gerichte mit Ausnahme des Verfassungsgerichts, in etwas geringerem Maße die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die – politisch zentralen – elektronischen Massenmedien. Die liberalen und demokratischen Parlamentsparteien haben ein Fiasko erlitten. Ihre Strategie einer „Opposition von Kremels Gnaden“ ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung ist gescheitert. Dort herrscht nach der auch selbstverschuldeten K.O.-Niederlage Ratlosigkeit. Versuche von wem auch immer, autonome Machtfelder aufzubauen, duldet der Kreml nicht, wie der Fall Chodorkowskij/JUKOS zeigt. Einzig autonome, wenn auch schwache politische Subjekte in Russland bleiben einige liberale Politiker und eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen.

Nach den Terroranschlägen auf New York und Washington am 11. September 2001 entschied sich Putin ohne Zögern, die US-geführte Anti-Terrorcoalition zu unterstützen. Daraufhin stellten viele westliche Politiker ihre Kritik an Demokratiedefiziten, Menschenrechtsverletzungen und Problemen des russischen Rechtsstaates weitgehend ein. Der brutale Krieg und die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien werden seither fast kommentarlos als Teil des „Kriegs gegen den Terrorismus“ akzeptiert. Zwar versichern auch deutsche Politiker, sie sprächen diese Defizite bei Treffen mit russischen Offiziellen regelmäßig an, aber es gibt nur wenige deutliche öffentliche Äußerungen, wie die zwei kurzen Absätze in der Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der UN-Menschenrechtskommission Mitte März 2004.

Allerdings hilft es in der Praxis wenig, wenn die Probleme benannt werden, dann aber der Wille fehlt, sie auch mit Maßnahmen in harten Politikfeldern wie Wirtschaft oder Militärpolitik zu verbinden. Die deutsche Russlandpolitik ist typisch: Der Außenminister mahnt, der Bundeskanzler lobt und schließt Wirtschaftsverträge ab. Die Wirtschaftsverbände haben sich mit den zustimmenden, ja fast euphorischen Äußerungen ihrer VertreterInnen zur Verhaftung von Chodorkowskij und zu Putins Wahlsieg längst aus ihrer auch im wirtschaftlichen Eigeninteresse stehenden Verpflichtung gestohlen, rechtsstaatliche Normen zu fördern. Von russischer Seite wird dieses entgegenkommende Verhalten als insgeheimes Einverständnis und als Schwäche interpretiert. Zudem führt die Einbindung Russlands in den „Krieg gegen den Terrorismus“ nicht zu der intendierten „Zivilisierung“ der russischen Außenpolitik. Im Gegenteil sind nach dem Motto „wenn wir schon beim Krieg gegen den Terrorismus mitmachen, müssen wir auch was davon haben“ eher Versuche eine Re-Imperialisierung zu beobachten. Das spüren besonders die direkten Nachbarn Russlands wie die Ukraine, Georgien oder die baltischen Staaten.

## **f. Neue Außenpolitik – Projekt GUS**

In der Außenpolitik ist Russland deutlich eine eigenständige Größe geblieben, wenn auch längst nicht mehr in dem Maße, wie die UdSSR eine war. Russland kann und will sich nicht in die erweiterten Strukturen des Westens integrieren. In den 90er Jahren schwankte die russische Außenpolitik zwischen dem Wunsch einer Westintegration, gepaart mit der Hoffnung auf wirtschaftliche Hilfe, und dem Festhalten an einer zur Fiktion gewordenen Großmachtparität mit den USA. Unter Putin entwickelt sich nun eine Außenpolitik, die Russland selbst in geschwächter Position eine eigenständige, wenngleich nicht mit den USA gleichrangige Großmachtposition einräumt. Erklärte Maxime dieser Außenpolitik sind die „Interessen des Landes“, seine Sicherheits-, aber auch seine Wirtschaftsinteressen.

Gerüst dieser Außenpolitik ist ein Wiedererstarken Russlands in der GUS. Das schließt den Versuch einer Reorganisation des postsowjetischen Raums (mit Ausnahme der baltischen Staaten natürlich) ein. Dabei geht es nicht um ein neues Staatswesen nach dem Vorbild der Sowjetunion (eventuell mit Weißrussland als

Ausnahme, das nach Lukaschenko durchaus ein Teil Russlands werden könnte). Langfristig soll das Abkommen der führenden GUS-Staaten über einen einheitlichen Wirtschaftsraum, über eine Zoll- und eine Währungsunion umgesetzt werden. Dazu soll in Zukunft verstärkt die im GUS-Raum bereits dominierende russische Wirtschaftskraft genutzt werden. Bereits heute gehören russischen Konzernen in verschiedenen GUS-Republiken strategisch wichtige Industrie- und Versorgungsbetriebe (z.B. Georgien, Ukraine).

Die Chancen zur Verwirklichung einer solchen Außenpolitik dürften nicht schlecht sein. In den meisten GUS-Republiken sind die politischen und wirtschaftlichen Systeme dem russischen sehr ähnlich. Dagegen steht allerdings, dass Unabhängigkeit in den meisten GUS-Staaten immer noch in erster Linie als Unabhängigkeit von Russland verstanden wird. Die zögerlichen Reaktionen und Fehleinschätzungen der russischen Staatsführung bei den Krisen in Georgien Ende 2003 (Rücktritt von Schewardnadse) und im Frühjahr 2004 (Adscharien) zeigen zudem, dass nicht nur eine Strategie von Nöten ist, sondern auch (außen-)politische Eliten, die in der Lage sind, sie umzusetzen.

#### **g. NGOs als letzte autonome politische Subjekte**

Die politische Entwicklung des abgelaufenen Jahres hat nur wenige autonome politische Subjekte in der russischen Gesellschaft zurückgelassen, darunter viele NGOs (darunter wieder die meisten ProjektpartnerInnen der Heinrich-Böll-Stiftung). Widerstände gegen diese autoritäre Unifizierung und autonome Gebiete gibt es weiter in den Regionen, angefangen in den Republiken und Gebieten, aber auch in einer ganzen Reihe von Städten.

Noch vor einem Jahr sah es so aus, als könnten und müssten die NGO künftig die Rolle einer „eigentlichen“ Opposition ausfüllen. Die großen Unternehmerverbände wandten sich nach der Verhaftung von JUKOS-Aktionär Lebedew mit der Bitte um Unterstützung an sie und nicht die liberalen, damals noch im Parlament vertretenen Parteien. Der Umgang des Kreml mit den NGOs schwankte auf der einen Seite im vergangenen Jahr zwischen Versuchen, die NGOs zu diskreditieren und parallele GONGO-Strukturen aufzubauen, und sie auf der anderen Seite als „Kommunikationskanal ins Volk“ zu nutzen. Einer dieser Kanäle ist nach Aussage von Präsident Putin persönlich die Mitgliedschaft einer Reihe bekannter NGO-VertreterInnen in der Menschenrechtskommission beim Präsidenten (z.B. Alexander Ausan, Ljudmila Aleksejewa, Swjatoslaw Sabelin, Swetlana Gannuschkina, Aleksej Simonow). Der im Februar auf Vorschlag von Präsident Putin von der Duma gewählte neue Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin (davor Abgeordneter der Jabloko-Partei) lässt sich ebenso von zahlreichen NGO-AktivistInnen in einem gesellschaftlichen Beirat beraten. Der Menschenrechtsbeauftragte ist eine in der Verfassung vorgesehene Institution mit eigenem Apparat und weitgehender Unabhängigkeit.

In seiner alljährlichen Rede vor beiden Parlamentskammern attackierte Präsident Putin am 26. Mai 2004 die politischen NGOs: „Einige Worte über die Rolle der nichtpolitischen gesellschaftlichen Organisationen. Es gibt tausende konstruktiv arbeitende zivilgesellschaftliche Vereinigungen in unserem Land. Aber längst nicht alle orientieren sich daran, die wirklichen Interessen der Menschen zu verteidigen. Für einen Teil dieser Organisationen ist es zur vorrangigen Aufgabe geworden, Finanzierung von einflussreichen ausländischen Stiftungen zu bekommen, für andere, zweifelhafte Gruppen und kommerzielle Interessen zu bedienen. Gleichzeitig interessieren sie die dringendsten Probleme des Landes und seiner Bürger nicht.“ Weder Vorwurf noch Wortwahl sind neu. Sie erinnern bis in die Formulierungen an Attacken gegen NGOs vor drei Jahren, in deren Folge es allerdings zu Ansätzen eines Dialogs zwischen NGOs und Staat kam, dessen Mittel und Ergebnis das Bürgerforum im November 2001 war. Allerdings gab es zu jener Zeit noch ein zumindest teilweise oppositionelles Parlament und in der Präsidentenadministration zwei in der strategischen Bewertung und wohl auch in den Interessen konkurrierende Gruppen.

## **2. Ausblick**

Die liberale politische Elite Russlands ist gespalten. Der wirtschaftsliberale Teil hat sich mit einer zumindest mittelfristig autoritären Entwicklung Russlands abgefunden. Demokratische Entwicklung wird von ihm nicht abgelehnt, wie von einem großen Teil des Staats- und Machtapparats, aber als „Luxus“ empfunden, der wirtschaftlicher Entwicklung nachfolgen kann, aber keine Voraussetzung ist und auch keine eigenständige ethische Berechtigung hat. Der Vorrang der wirtschaftlichen vor einer demokratischen Entwicklung entspricht den Bedürfnissen des moderneren Teils der alten, an sowjetischer Staatlichkeit orientierten Elite, zu der ich auch Putin zählen würde. Beide Gruppen sind personell eng verschränkt und beiden Gruppen ist ein äußerst zynisches und instrumentelles Verhältnis zur Politik eigen. Das Mitte Juli 2004 zwischen Einiges Russland und der chinesischen KP abgeschlossene Kooperationsabkommen ist ein Symptom für diese Sehnsüchte.

Der aufgeklärte Teil der liberalen politischen Elite sieht demokratische und zivilgesellschaftliche Entwicklung dagegen nicht als Kostenfaktor und der wirtschaftlichen Entwicklung nachgeordnet, sondern als Voraussetzung für eine Modernisierung der russischen Gesellschaft, ohne die auch die nachhaltige wirtschaftliche Modernisierung nicht möglich ist. Die meisten dieser Leute haben die kommenden vier Jahre Putin-Präsidentschaft bereits abgeschrieben und konzentrieren sich ganz auf die nächsten Präsidentschaftswahlen 2008 – aber immer mit dem Nachsatz „wenn sie denn kommen und einigermaßen frei sein werden“.

Die NGOs sind in einer anderen Position. Einerseits haben sie ihre jeweilige Klientel (Flüchtlinge, Verbraucher, ethnische und andere Minderheiten, Soldaten, zukünftige Soldaten, Frauen, Strafgefangene usw.). Angesichts der zementierten politischen Situation auf föderaler Ebene und der Pause, die sich ihre liberalen politischen Verbündeten gönnen, wird dort intensiv diskutiert, ob es nicht strategisch sinnvoll sei, sich künftig stärker regional und kommunal und im Bildungsbereich zu engagieren. Weil sie für ihre Klientelgruppen permanent konkrete Probleme zu lösen haben, deren Ursachen meist im administrativen Staatshandeln liegen, kommen die meisten NGOs um gute Kontakte zu und Kooperation mit staatlichen Stellen nicht herum. Das trifft aber auf wieder zunehmende staatliche Versuche, die NGOs in „gute“ und „schlechte“, in „konstruktive“ und „destruktive“, in Russland gegenüber „loyale“ und „illoyale“ zu teilen. Ein weiterer Diskussionsstrang legt denn auch den Schwerpunkt auf die Verteidigung der noch existierenden „Freiheitsfelder“ zumindest in den kommenden Jahren. Das sollte auch gelingen, solange es keine direkte Repression geben wird und solange der Zugang zum Internet frei verfügbar bleibt (ein Gesetzentwurf, diesen Zugang zu begrenzen und zu kontrollieren, kursiert bereits in der Staatsduma). Dazu ist aber weitere Unterstützung aus dem Ausland nötig.

Wie sollte diese Unterstützung aussehen? Wichtigster Punkt bleibt die Stärkung bilateraler und multilateraler Kontakte auf allen Ebenen: offiziell, wissenschaftlich, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich. Die russische Gesellschaft hat eine starke Tendenz, sich wieder von der Außenwelt abzukapseln, selbstgenügsam („samodostatotschno“) zu sein. Diese Tendenz wird durch die aktuellen Entwicklungen und den nationalistischen Boom eher befördert und könnte in einem neuen bürokratisch-autoritären System enden. Derartige Systeme scheinen zwar erfahrungsgemäß langfristig stabil, tragen ihre inneren Sprengsätze aber wie Selbstmordattentäter um den Bauch geschnallt mit sich. Tschetschenien ist nur der größte russische Sprengsatz, nicht der einzige.

Wenn es also ein wichtiges Ziel ist, die russische Zivilgesellschaft zu stärken, die Menschenrechte voranzubringen, Ökologie, Minderheitenrechte, Toleranz und Geschlechterdemokratie, dann müssen strategische Partnerschaften mit russischen NGOs aufgebaut und gestärkt werden. Auch die Bundesregierung und die deutschen Wirtschaftsverbände müssen der russischen Staatsführung klar machen, dass zivilgesellschaftliche Kontakte eine Schlüsselrolle in den deutsch-russischen Beziehungen spielen. Die Bundesregierung muss diese Themen auch dann auf den Tisch bringen, wenn die „harten“ wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Themen diskutiert werden. Im Umgang mit Russland sollten die EU-Europäer keinen Zweifel daran lassen, dass es sich bei Russland um ein europäisches Land handelt. Russland ist Mitglied des Europarats und hat alle damit verbundenen Verpflichtungen auf sich genommen.

Gleichzeitig muss es natürlich auch vielfältige Kontakte zu den VertreterInnen der neuen russischen, der „gelenkten“ Demokratie, wie der Staatsduma und seiner Mehrheitsfraktion Einiges Russland geben. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass es sich hier eben um vom Kreml kontrollierte Institutionen handelt. Auch die Erfahrung mit einer so „unschuldigen“ Einrichtung wie dem von Schröder und Putin initiierten Petersburger Dialog zeigt das deutlich. Der Petersburger Dialog spielt bisher ein fatale Rolle, weil er der russischen Seite gestattet, Zivilgesellschaft zu ignorieren oder zu simulieren. Die deutsche Seite hat nicht den Mut und keine ausreichende politische Unterstützung, um das zu ändern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird weiterhin die russischen NGO-Netzwerke zu unterstützen versuchen, durch die Förderung strategisch wichtiger Projekte ebenso wie durch politische Kontakte nach Deutschland und in die EU insgesamt. Durch unseren Status als politische Stiftung einer an der Bundesregierung beteiligten Partei sind wir auch in der Lage Foren zur Verfügung zu stellen, in denen sich russische NGO- und StaatsvertreterInnen gleichberechtigt gegenüber sitzen.

## Anhang 1: Chronologie

### 2. Juli 2003

Verhaftung von Platon Lebedew, Aktionär des Ölkonzerns JUKOS. Gemeinsamer Offener Brief der drei führenden Wirtschaftsverbände und führender NGO-VertreterInnen an Präsident Putin mit dem Vorschlag einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuarbeiten.

### 5. Oktober 2003

Präsidentenwahlen in Tschetschenien. Akhmad Kadyrow wird zum Präsident der Tschetschenischen Republik gewählt. Internationale Organisationen wie die OSZE und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Wahlen als nicht fair und nicht frei.

### 25. Oktober 2003

Michail Chodorkowskij, Vorstandsvorsitzender und Mehrheitseigner des Ölkonzerns JUKOS wird auf dem Flughafen in Nowosibirsk verhaftet. Chodorkowskij wird von der Generalstaatsanwaltschaft Steuerhinterziehung und Betrug vorgeworfen.

### 30. Oktober 2003

Der Leiter der Präsidentenadministration Alexander Woloschin tritt zurück. Präsident Putin ernennt seinen bisherigen Stellvertreter, den 38-jährigen Dmitrij Medwedjew, zum Nachfolger.

### 3. November 2003

Michail Chodorkowskij tritt als Vorstandsvorsitzender von JUKOS zurück.

### 7. Dezember 2003

Bei den Dumawahlen erreicht die Putin-Partei Einiges Russland eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) scheitern an der 5-Prozent-Hürde. In der Duma sind außer Einiges Russland noch die Kommunisten, die rechtsradikale Schirinowskij-Partei LDPR und eine linksnationalistische Kremlgründung Heimat vertreten. Die OSZE-Wahlbeobachterkommission bewertet die Wahlen als „frei aber nicht fair“.

### 9. Dezember 2003

Bei einem Selbstmordattentat vor dem Hotel National gegenüber dem Kreml in der Moskauer Innenstadt sterben sechs Menschen.

### 29. Dezember 2003

Das Steuerministerium fordert von JUKOS eine Steuernachzahlung von umgerechnet 2,8 Milliarden € allein für das Jahr 2000.

### 1. Januar 2004

Das Gesetz über den alternativen Zivildienst tritt in Kraft. Die Dienstzeit beträgt 42 Monate.

### 16. Januar 2004

Die Fraktion „Einiges Russland“ nutzt ihre Zwei-Drittel-Mehrheit und erhält den Vorsitz in allen 28 Parlamentsausschüssen.

### 18. Januar 2004

Liberale Politiker, darunter der ehemalige SPS-Vorsitzende Boris Nemzow, gründen das Komitee „2008: freie Wahl“

### 6. Februar 2004

Im morgendlichen Berufsverkehr explodiert in der Moskauer U-Bahn eine Bombe. Mehr als 50 Menschen werden getötet, über 120 verletzt. Als Attentäter vermuten die Behörden tschetschenische Terroristen.

### 12. Februar 2004

Wladimir Lukin, bis Dezember 2003 Dumaabgeordneter von Jabloko, wird von der Duma auf Vorschlag von Präsident Putin mit Zwei-Drittel-Mehrheit zum Menschenrechtsbeauftragten gewählt.

### 19. Februar 2004

In Katar werden zwei Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes unter dem Verdacht festgenommen, ein tödliches Bombenattentat auf den ehemaligen tschetschenischen Präsidenten Selimchan Jandarbijew organisiert zu haben.

### 24. Februar 2004

Präsident Putin entlässt Regierungschef Michail Kassjanow und damit laut Verfassung die gesamte Regierung. Der stellvertretende Regierungschef Wiktor Christenko übernimmt kommissarisch die Amtsgeschäfte.

### 5. März 2004

Die Staatsduma wählt Michail Fradkow auf Vorschlag von Präsident Putin zum neuen Ministerpräsidenten. Fradkow war zuvor Botschafter Russlands bei der EU-Kommission in Brüssel.

### 9. März 2004

Präsident Putin gibt die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt. Die Zahl der Ministerien wird von bisher 28 auf 17 verringert, die Verwaltungsstruktur völlig umgebaut. Die wichtigsten Minister und Dienste (darunter das Außen-, das Innen-, das Verteidigungsministerium und die Geheimdienste) bleiben unter der direkten Kontrolle des Präsidenten.

### 14. März 2004

Präsident Putin wird im ersten Wahlgang mit 71,2 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Den zweiten Platz belegt der Kommunist Nikolaj Charitonow mit 13,7 Prozent. Alle andere KandidatInnen erhalten weniger als 5 Prozent. Die OSZE und Menschenrechtsorganisationen bemängeln die ungleichen Chancen und Möglichkeiten der KandidatInnen bei der Wahl.

### 24. März 2004

Memorial, Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, veröffentlicht auf CD-Rom eine Dokumentation über „Opfer des politischen Terrors in der Sowjetunion“. Teil der Dokumentation ist ein Gedenkbuch mit den Namen und Kurzbiographien von fast 1.500.000 Stalinopfern.

### 29. März 2004

In einem in der Zeitung „Wedomosti“ erscheinenden Artikel mit dem Titel „Die Krise des Liberalismus“ (zu finden unter [www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de)) rechnet der in Untersuchungshaft sitzende Michail Chodorkowskij mit der liberalen Politik der 90er Jahre ab und löst eine landweite Diskussion aus.

## **2. April 2004**

Bundeskanzler Schröder gratuliert Präsident Putin bei einem Kurzbesuch in Moskau zu dessen Wiederwahl und lobt die Fortschritte der demokratischen Entwicklung Russlands.

## **5. April 2004**

Ein Moskauer Gericht verurteilt Igor Sutjagin wegen Hochverrats zu 15 Jahren Lagerhaft. Sutjagin hatte als Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaft Forschungsmaterial aus öffentlich zugänglichen Quellen für ausländische Auftraggeber zusammengestellt. Am 26. April erklärt amnesty international Sutjagin zum „politischen Gefangenen“.

## **9. April 2004**

Die EU-Staaten legen der UN-Menschenrechtskommission in Genf einen Resolutionsentwurf vor, in dem Russland für Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien kritisiert wird. Russland weist die Vorwürfe in scharfer Form zurück. Die Resolution wird am 14. April mit 23 gegen 12 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt.

## **27. April 2004**

Russland und die EU unterzeichnen nach mehreren Monaten Konflikt eine Vereinbarung, die den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit auf die zum 1. Mai der EU beitretenden 10 neuen Mitgliedsländer ausweitet.

## **29. April 2004**

Die Duma verabschiedet ein Gesetz, das die Zuständigkeiten im Verteidigungsbereich neu ordnet. Die direkte Kontrolle über die Streitkräfte geht vom Generalstab auf den Verteidigungsminister über.

## **9. Mai 2004**

Während einer Parade zum „Tag des Sieges“ wird der tschetschenische Präsident Akhmad Kadyrow durch einen Bombeanschlag getötet. Außer ihm sterben noch mindestens 6 weitere Menschen, über 40 werden verletzt, darunter auch der Befehlshaber der föderalen Truppen in Tschetschenien Generaloberst Walerij Baranow.

## **13. Mai 2004**

Die russische Zentralbank entzieht der Sodbiznesbank die Lizenz. Das ist der Auftakt einer Bankenkrise, die bis in den Sommer anhält.

## **18. Mai 2004**

Erstmals nach 80 Jahren der Spaltung treffen in Moskau das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland Metropolit Lawr und der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus' Alexij II. zusammen. Ergebnis ist die Einsetzung einer Kommission, die die Wiedervereinigung der beiden Kirchen vorbereiten soll.

## **19. Mai 2004**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt fest, dass die Festnahme des damaligen Besitzers der Medienholding Media-Most Wladimir Gussinskij im Jahre 2000 gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen russische Recht verstoßen hat. Mit der Haft sollte Gussinskij gedrängt werden, sein Medienimperium zu verkaufen, was er dann im Frühjahr 2001 auch tat.

## **21. Mai 2004**

Der EU-Russland-Gipfel erörtert die Bedingungen zum Beitritt Russlands zur WTO. Anschließend wird ein gemeinsames Protokoll verabschiedet.

## **24. Mai 2004**

Die Präsidenten Putin, Kutschma (Ukraine), Nasarbajew (Kasachstan) und Lukaschenko (Belarus) unterzeichnen in Jalta eine Vereinbarung zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums.

## **25. Mai 2004**

Präsident Putin beschuldigt in seiner alljährlichen Ansprache vor beiden Parlamentskammern russische NGOs, sie hätten es sich zur Aufgabe gemacht „Geld von ausländischen Stiftungen zu erhalten oder zweifelhafte Gruppen und kommerzielle Interessen zu bedienen“, anstatt sich für die „realen Interessen der Bürger zu interessieren“. (Zitate im [Dossier „Demokratie in Russland“](#))

## **26. Mai 2004**

amnesty international veröffentlicht seinen Jahresreport, in dem Russland für Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und in den Gefängnissen, sowie für die Diskriminierung von Minderheiten kritisiert wird.

## **27. Mai 2004**

Der Ölkonzern JUKOS teilt mit, dass er angesichts der Steuernachforderungen bis Ende des Jahres bankrott sein wird. Daraufhin sinken die Aktienkurse des Konzerns um knapp 15 Prozent.

## **2. Juni 2004**

Der Fernsehsender NTW entlässt den populären Moderator Leonid Parfjonow. Parfjonow hatte öffentlich die Entscheidung der Senderleitung kritisiert, ein von ihm aufgezeichnetes Interview mit der Witwe des in Katar ermordeten ehemaligen tschetschenischen Präsidenten Jandarbijew auf Bitte des Geheimdienstes nicht zu senden.

## **4. Juni 2004**

Die Staatsduma verabschiedet ein neues Demonstrationsgesetz. Einerseits müssen Demonstrationen, Mahnwachen oder Kundgebungen künftig nicht mehr genehmigt, sondern nur noch angemeldet werden. Andererseits verbietet das neue Gesetz grundsätzlich Demonstrationen zum Beispiel an Präsidentenresidenzen, Verwaltungsgebäuden, in der Nähe gefährlicher Produktionsstätten und von Kommunikationseinrichtungen.

## **16. Juni 2004**

Vor einem Moskauer Gericht beginnt der Prozess gegen den Mehrheitseigner des Ölkonzerns JUKOS Michail Chodorkowskij und seinen Partner und Mitaktionär Platon Lebedew.

## **17. Juni 2004**

Fünf russische Menschenrechtsorganisationen, darunter Memorial und die Moskauer Helsinki Gruppe, präsentieren 16 Thesen zur friedlichen Beilegung des Tschetschenienkonflikts (auf: [www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de))

## **22. Juni 2004**

Rund zweihundert tschetschenische Rebellen überfallen das Innenministerium und andere Gebäude der Nachbarrepublik Inguschetien. Während der mehrstündigen Kämpfe werden über 90 Menschen getötet, darunter der inguschetische Innenminister.

## **1. Juli 2004**

Nachdem das Oberste Schiedsgericht eine Berufung abgelehnt hat, werden sämtliche Konten von JUKOS eingefroren. In den darauffolgenden Tagen wird die Konzernzentrale mehrfach durchsucht. Unterlagen und Computer werden beschlagnahmt.

### 3. Juli 2004

Die russische Kommunistische Partei (KPRF) spaltet sich. Auf zwei getrennten Parteitagungen werden zwei Zentralkomitees gewählt.

### 5. Juli 2004

An die Spitze des privaten Fernsehsenders NTW rückt mit Wladimir Kulistikow ein Manager der staatlichen Fernseh- und Radioholding. Es wird bekannt, dass politische Programme eingestellt werden, darunter mit „Redefreiheit“ die letzte Live-Diskussionssendung in einem der landesweiten Fernsehkanäle.

### 7. Juli 2004

Michail Chodorkowskij bietet an, seinen 44-prozentigen Anteil an JUKOS zu verkaufen, um mit dem Erlös die Steuerschulden des Konzerns zu begleichen. Die Behörden beginnen unterdessen, den in Russland befindlichen Konzernbesitz zu pfänden.

## Anhang 2: Übersicht über Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

- Präsentation des Buchs „Krieg im Schatten – Russland und Tschetschenien“ in Berlin (29. September 2003).
- Treffen der ProjektpartnerInnen der Heinrich-Böll-Stiftung bei Moskau (November 2003 und April 2004).
- Unterstützung der NGO-Koalition „Narodnaja Assambleja“ ([www.civitas.ru](http://www.civitas.ru)).
- 8. Deutsch-russisches Herbstgespräch in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Austausch und der Evangelischen Akademie Berlin/Brandenburg in Berlin. Thema: „Macht Demokratie Schule – macht Schule Demokratie? Soziales Lernen in Russland und Deutschland“ (31. Oktober bis 2. November 2003).
- Konferenz: „Zivildienst in Russland und Deutschland“ in Moskau in Kooperation mit der NGO-Koalition „Für einen demokratischen Zivildienst“, dem Petersburger Dialog und der Menschenrechtskommission beim Präsidenten der RF (2./3. Februar 2004).
- Unterstützung der Arbeit der regionalen „Ökologischen Baikawelle“, Irkutsk ([www.baikalwave.eu.org](http://www.baikalwave.eu.org)).
- Gemeinsam mit dem Regionalbüro Südlicher Kaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung wurden zwei Treffen zwischen russischen und georgischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Moskau und Tbilissi organisiert.
- In Moskau fand ein Treffen zum georgisch-abachsisch-russischen Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt. Eine Kooperation der Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tbilissi und Moskau (Ende Juni 2004).
- In Zusammenarbeit mit dem „Wohltätigen Frauenkrankenhaus“ in Machatschkala/Dagestan wurde der Dialogprozess zwischen dagestanischen und tschetschenischen Frauen fortgesetzt.
- Besuch von vier führenden russischen NGO-VertreterInnen in Berlin zu politischen Gesprächen. Auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin fand eine Diskussion zum Thema „Russland zwischen den Wahlen“ statt (14.–18. Februar 2004).
- Zusammenarbeit mit dem Moskauer „Informationszentrum des unabhängigen Frauenforums“ (IZNZhF). Insbesondere Herausgabe eines zweiwöchentlichen Informationsbulletins.
- In Samara und Moskau fanden zahlreiche Runde Tische zum Thema „Frauen und Politik“ statt. Kooperationspartner: Frauenforschungszentrum der Universität Samara.
- Unterstützung der Arbeit von Memorial ([www.memo.ru](http://www.memo.ru)), darunter der Schülerschichtwettbewerb „Der Mensch in der Geschichte – Russland im XX. Jahrhundert“.
- Auf der Frankfurter Buchmesse präsentierten sich Memorial und die Heinrich-Böll-Stiftung mit über 150 Publikationen von Memorial und vier Diskussionen zur russisch-sowjetischen Geschichte und zu Tschetschenien.
- Bei Moskau fand die 3. Sommerschule im Rahmen des Sur-Place-Stipendienprogramms statt. Kooperationspartner sind Memorial und das St. Petersburger Zentrum für Unabhängige Sozialforschung (Anfang Juli 2004).
- In Moskau waren VertreterInnen der grünen Bundestagsfraktion, des Vorstands von Bündnis 90/Die Grünen und des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung zu politischen Gesprächen zu Gast. In diesem Rahmen fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Neue Weltordnung – Konflikte und Gemeinsamkeiten zwischen EU, Russland und den USA“ statt (Ende Oktober).
- In Wladikawkas/Nordossetien fand ein Workshop mit anschließender Ausstellung für Malerinnen aus dem Nordkaukasus statt (November und Dezember 2003).
- St. Petersburg: Konferenz „Sprache der Angst – unterschiedliche Strategien von Frauen und Männern“ (Oktober 2003).
- Unterstützung des Koordinationszentrums „Alternativer Zivildienst“ der NGO-„Koalition für einen demokratischen Zivildienst“
- Iwantejewka bei Moskau: Seminar „Erneuerbare Energiequellen und Energieeinsparung“ (Dezember 2003).
- Im Rahmen des Armutsprogramms wurde gemeinsam mit einer NGO-Koalition weiter daran gearbeitet, administrative Barrieren beim Zugang von Bedürftigen zu gesetzlich garantierten Sozialleistungen zu verkleinern. Die Kooperationspartner waren die Konföderation der Verbraucherschutzorganisationen, die Sozial-Ökologische Union, die Zivilgesellschaftskammer Perm, die Frauen des Don, Memorial Woronesch, Jekaterinburg und Nowosibirsk.
- Am 29. Juni in Berlin und am 1. Juli in Köln im Lew Kopelew Forum wurde die von Memorial herausgegebene CD-Rom „Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetunion“ vorgestellt. Zusammenarbeit mit Memorial Deutschland, Stiftung „Offenes Russland“, Lew Kopelew Forum.

### Anhang 3: Liste der Publikationen

- Internet-Dossier „Demokratie in Russland“ ([www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de))
- Florian Hassel (Hrsg): Der Krieg im Schatten – Russland und Tschetschenien, Suhrkamp Verlag
- Memorial (Hrsg): Die Gefangenen von Alzhir. Liste der Gefangenen des „Akmolinsker Lagers für Frauen von Volksfeinden“
- Memorial (Hrsg) CD-Rom: „Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetunion“
- Relaunch der Website des Länderbüros Russland der Heinrich-Böll-Stiftung: [www.boell.ru](http://www.boell.ru)
- Ausgabe des russischen „Lettre International“ (Vjemirnoje Slowo) zum 300. Jahrestag der Gründung St. Petersburgs
- 7 Broschüren im Rahmen des Armutsprogramms ([www.civitas.ru](http://www.civitas.ru))
- 4 Ausgaben der Zeitschrift „Wolna“ der Ökologischen Baikalwelle
- 12 Ausgaben des Bulletins „Westnik des IZNZhF“
- Zwei Ausgaben der Zeitschrift „Zhenschtschina plus“ des Fraueninnovationszentrums, Moskau